



DR. INGE GRÄBLE
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

PRESSEMITTEILUNG
21.09.2004

Türkei-Beitritt und Erdogan-Besuch bei der EVP-Fraktion

Wollen wir eine Europäische Union, die die Auseinandersetzung mit den USA und Japan um eine weltweite wirtschaftliche, technologische und damit auch politische Führungsrolle aufnimmt und dafür in den kommenden Jahren die Weichen stellt? Die politisch enger zusammenrückt, weil sie ähnliche politische Systeme umfasst, auf ähnlichen Grundwerten aufbaut? Oder wollen wir eine europäische Entwicklungsgemeinschaft, die wirtschaftlich schwach entwickelten Agrarländern mit großem Nachholbedarf mit großem finanziellem Aufwand zu einer modernen Infrastruktur verhilft? Die das Thema Menschenrechte, Frauenrechte und Demokratie diktatorisch und auf Macho-Art betrachtet? Diese Grundfragen stellen sich angesichts des angestrebten Beitritts der Türkei. Ich bin gegen den Beginn von Beitrittsverhandlungen und für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei, für eine enge Anbindung der Türkei und gegen eine Teilnahme an den Ausgleichssystemen der Europäischen Union und den politischen Entscheidungsmechanismen.

Gesundbetelei und das "Prinzip Hoffnung" auf mehr Demokratisierung durch den EU-Beitritt helfen uns nicht weiter: Eine Aufnahme der Türkei wird das jetzige Europa an seine Grenzen führen und es scheitern lassen. Noch nie hat die EU ein so bevölkerungsreiches Land aufgenommen, das gleichzeitig so arm war. Die Türkei allein wäre in wenigen Jahren das bevölkerungsreichste EU-Land, größer als die zehn Länder, die jetzt am 1. Mai aufgenommen wurden - und deren Beitritt die EU ebenfalls noch nicht verdaut hat. Die Türkei hat 15% der Wirtschaftskraft Baden-Württembergs! Die Türkei hat drei Mal so viele Bauern wie die gesamte EU zusammen! 20% der Agrarausgaben müssten künftig in die Türkei fließen. In der Türkei wird immer noch gefoltert, obwohl die Regierung die Rechtsvorschriften im Bereich Folter und Misshandlungen verschärft hat. Die Menschenrechtslage in der Türkei ist nach wie vor problematisch, was auch durch unabhängige Quellen wie den aktuellen Menschenrechtsbericht von Amnesty International bestätigt wird.

Am 6. Oktober 2004 wird die EU-Kommission den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten Berichte und Empfehlungen vorlegen, ob die Türkei für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen reif ist. Das zweite entscheidende Datum für eine eventuelle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist der 17. Dezember 2004. Die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Staaten werden dann bei ihrem Gipfeltreffen anhand der Dossiers der EU-Kommission entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie der Türkei die



DR. INGE GRÄBLE

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Aufnahme von Beitrittsverhandlungen anbieten.

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich die EU mit dem Beitritt der Türkei stark verändern wird. Falls sie ihre bisherige Agrar- und Regionalpolitik fortsetzt, wird der Druck von außen auf die gemeinsamen Politiken der Europäischen Union so groß werden, dass die Gemeinschaft zerfällt. Jedes Jahr zahlt die EU bereits jetzt über 250 Mio. Euro in die Türkei. Solidarität ja, ohne aber den Weg zurück zu einer Freihandelszone gehen zu müssen!

Der türkische Ministerpräsident Erdogan, dessen Frau sich in der Öffentlichkeit übrigens trotz staatlichen Verbots mit dem Kopftuch zeigt, kommt am kommenden Donnerstag Nachmittag in die EVP-Fraktion. Er wird uns mit den Versprechen konfrontieren, die Generationen von Politikern angeblich der Türkei gemacht haben. Ich bin gegen weitere Versprechungen, sondern für eine klare Absage: Sonst hat sich die EU bereits in wenigen Jahren für uns erledigt.